

Suche nach dem großen Wurf bei Niedriglohn

Neuordnung in der Koalition umstritten

Von Peter Hahne, Berlin

Bislang haben sich Union und SPD noch nicht in Ansätzen darauf einigen können, mit welchen Reformen sie den Arbeitsmarkt beleben wollen.

Vorschläge werden zwar reichlich gemacht, das Problem ist nur, dass die meisten sich kaum miteinander vereinbaren lassen. Der große Wurf ist nirgends zu sehen. Am ehesten vielleicht noch bei der SPD, die seit neuestem das Modell für eine „negative Einkommensteuer“ propagiert.

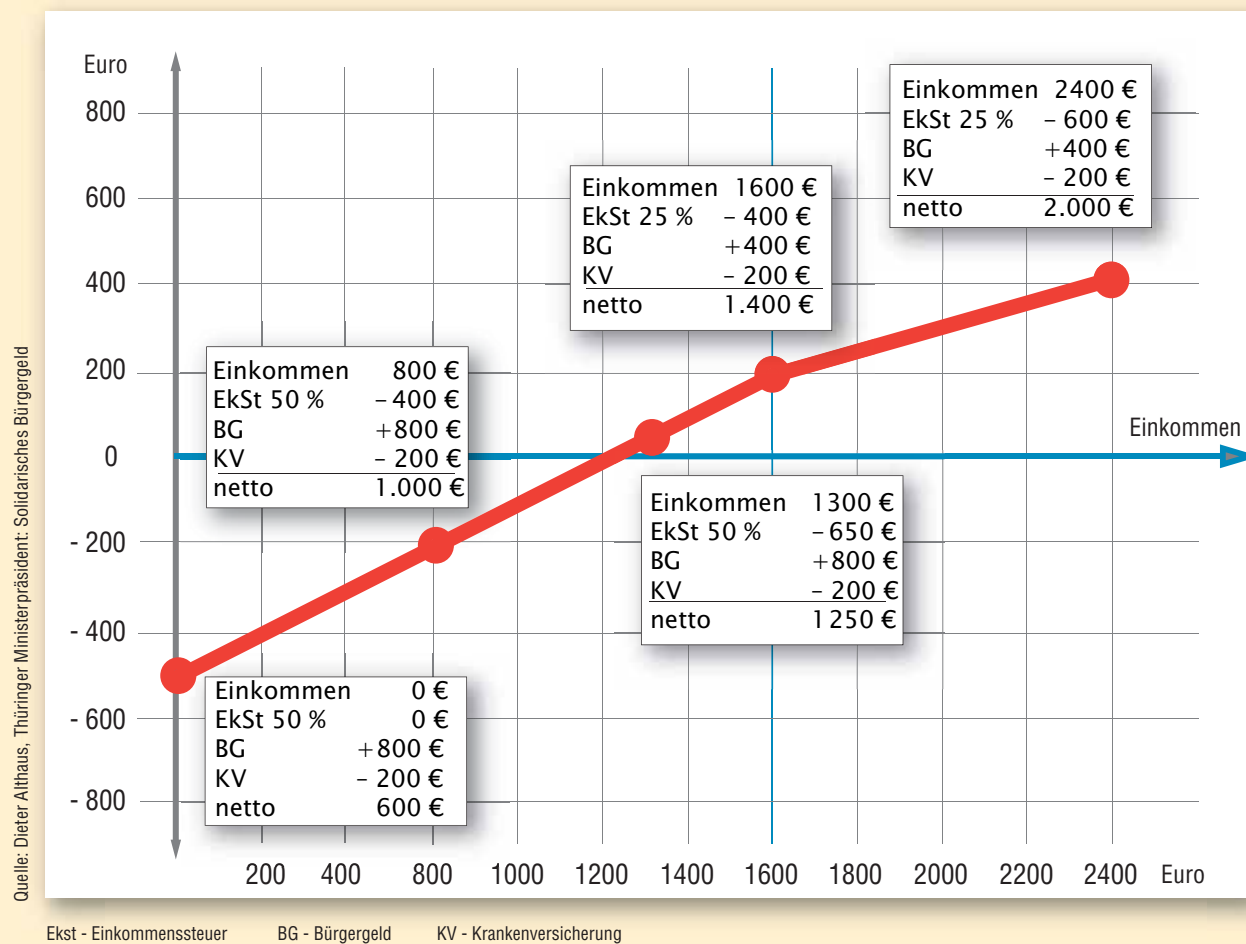
Die gute Konjunktur hat der Bundesregierung bisher zwar geholfen und Strukturprobleme gut übertüncht – doch geht der Aufschwung an der Masse der weniger gut ausgebildeten Langzeitarbeitslosen weitgehend vorbei. Der Niedriglohnsektor bereitet der Bundesregierung am meisten Schwierigkeiten. Gefragt sind Konzepte, mit denen sich sowohl CDU als auch SPD anfreunden können. Das ist wenig vorstellbar. Es besteht also die Gefahr, dass sich Union und SPD auch für den Arbeitsmarkt wieder auf einen Zwitter einigen – der nicht den Arbeitslosen hilft, sondern eher der Gesichtswahrung der politischen Lager dient.

So verträgt sich etwa die von der Union propagierte Idee der Kombilöhne kaum mit der SPD-Forderung nach Mindestlöhnen. Die bisherigen Erfahrungen mit Kombilöhnen sind nur ermutigend, etwa beim „Mainzer Modell“. Ferner gibt es mit Hartz-IV faktisch längst einen Kombilohn, den auch schon mehr als eine Million so genannter Aufstocker in Anspruch nehmen. Zusätzliche Kombilöhne stehen für viel Bürokratie und sollen ohnehin nur auf Jugendliche und ältere Arbeitslose beschränkt werden.

Neue Stellen sind auch von Mindestlöhnen nicht zu erwarten. In der Wissenschaft werden sie zwar nicht mehr generell als Arbeitsplatz vernichtendes Teufelszeug verschrien. Doch sich 70 000 neue Arbeitsplätze durch Mindestlöhne zu erhoffen, so wie es die Gewerkschaft vertritt, ist ziemlich illusorisch. Beim Mindestlohn kommt es sehr auf die Höhe an, und wenn am Ende unterm Strich keine Stellen verloren gehen, darf man wohl froh sein.

Mindestlöhne sollte man einzig als sozialpolitische Maßnahme begreifen. Ein Beschäftigungsprogramm sind sie nicht.

Das solidarische Bürgergeld



Kurs auf Systemwechsel

CDU-Gremien beraten Soziales Bürgergeld – Weitere Gutachten erwartet

Von OTZ-Redakteur Oliver Will

„Es herrscht keine Funkstille“, betont Thüringens Regierungssprecher Fried Dahmen, wenn er nach dem Solidarischen Bürgergeld gefragt wird.

Vielmehr werde weiter eifrig an dem Konzept gearbeitet, das Ministerpräsident Dieter Althaus Ende Oktober in die Debatte um ein neues CDU-Grundsatzprogramm eingebracht hatte. „Es gibt viele Anfragen dazu, und gerade Menschen, die sich schon von der Politik abgewendet hatten, melden sich nun wieder zu Wort“, sagt Dahmen. Auch in den anderen Parteien werde das Thema aufgegriffen. Er verweist auf FDP und Grüne.

Althaus hatte vorgeschlagen, dass der Staat jedem Bürger monatlich 800 Euro Bürgergeld zahlt, von denen 200 Euro für die Krankenversicherung abgezogen werden. Der zusätzliche Verdienst soll mit 50 Prozent versteuert werden. Optional können Bezieher von Einkommen über 1600 Euro einen Steuersatz von 25 Prozent wählen. Sie erhalten dann aber nur 400 Euro Bürgergeld. Alle anderen Sozialabgaben wie Kindergeld, Bafög oder Arbeitslosengeld sollen entfallen.

Das Bürgergeld soll eine bedingungslose Grundsicherung schaffen, aber zugleich auch Leistungsanreize setzen. Unter anderem den Schritt in die Selbstständigkeit erleichtern. „Die Menschen sind nicht faul,

er-Stiftung die Ergebnisse einer Untersuchung zum Bürgergeld. Auch der weitere Fahrplan der die CDU-internen Diskussion um das Bürgergeld steht, so Dahmen, fest. Am kommenden Montag werde Althaus seine Ideen den

Stimmen zum Solidarischen Bürgergeld

- „Es ist richtig, einen Einkommensanspruch zu etablieren, der von der Teilhabe am Arbeitsmarkt unabhängig ist“, Bürgergeld-Gutachter Prof. Michael Opelka, Soziologe an der FH Jena, in der OTZ
- „Die Debatte finden wir spannend. Allerdings scheint mir das Modell, wie es Althaus vorschwebt, ein vorwiegend mittelschicht-orientiertes Programm zu sein“, Katrin Göring-Eckardt, Bundestagsvizepräsidentin, Bündnis 90/Grüne, in der OTZ
- „Die bisher von Althaus vorgestellten Eckpunkte entsprechen eins zu eins dem

- FDP-Bürgergeld“, Patrick Kurth, Generalsekretär der FDP Thüringen im Internet
- „Ich sage, das Bürgergeld ist nicht gerecht und nicht finanzierbar.“, SPD-Landeschef Christoph Matschie in der OTZ
- „Einem radikalen Systemwechsel und einer damit verbundenen Abschaffung aller anderen Sicherungssysteme erteilen wir eine Absage“, Erklärung von Dieter Hausold, PDS-Fraktionschef im Landtag
- Weitere Informationen unter: >> www.buergergeldportal.de >> www.pro-buergergeld.de

sondern bereit, zu arbeiten“, ist Dahmen überzeugt.

Die Thüringer Parteispitze hofft indessen gespannt auf weitere Fakten und Berechnungen. „Wir erwarten derzeit ein Gutachten von Professor Thomas Straubhaar vom Hamburger Weltwirtschaftsinstitut“, verrät Dahmen. Straubhaar gilt als einer der Väter des Sozialen Bürgergeldes. Zudem veröffentlicht demnächst die Konrad-Adenau-

relevanten Arbeitsgruppen der Grundsatzkommission vorstellen. Am 26. März ist das Althausche Papier Thema in einer Sitzung des Bundesvorstandes und der Programmkommission.

Trotz der Betriebsamkeit werde eine Umsetzung noch dauern. „Dieter Althaus hat immer betont, dass für das Bürgergeld ein breiter Konsens sowohl in der Bevölkerung als auch zwischen den Parteien nötig ist“, so der Re-

gierungssprecher. Derzeit handle es sich um ein Konzept, dessen konkrete Verwirklichung diskutiert werden müsse. „Wie weit wir da vorangekommen sind, kann ich derzeit noch nicht sagen“, so Dahmen.

Allerdings sei das Solidarische Bürgergeld realistischer als beispielsweise das Modell des dm-Chefs Götz Werner. Er strebt die Einführung eines staatlich garantierten Grundeinkommens von bis zu 1500 Euro an. Es soll über eine etwa 48-prozentige Mehrwertsteuer finanziert werden, während alle Steuern auf Einkommen wegfallen sollen. „Dies ist idealtypisch“, meint Dahmen, „der Vorschlag von Dieter Althaus aber politisch umsetzbar.“

Alle bisherigen Reformen hätten zwar punktuell Entlastungen gebracht, sich aber durch bürokratischen Mehraufwand oder Fehlanreize selbst in Frage gestellt. Auch der SPD-Vorschlag „Bonus für Arbeit“ bringe keine wirkliche Entlastung. Dabei sollen die Sozialbeiträge für Geringverdienende mit einer über 30 Wochenstunden liegenden Beschäftigung gesenkt werden. Auch „Bürgerarbeit“ – geförderter, sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit im sozialen Bereich – greift laut Dahmen zu kurz.

Märklin verlässt einstige Weltspielzeugstadt

„Schreckliche Nachricht“ für Sonneberg

Sonneberg (dpa). Nun geht auch noch Märklin. Der Modellbahn-Riese verlässt Sonneberg und entlässt noch in diesem Jahr alle seine 220 Arbeitnehmer, vor allem Frauen.

Die einstige „Weltspielzeugstadt“ Sonneberg verliert damit ihren größten Arbeitgeber aus der Spielzeugbranche. Landrätin Christine Zitzmann (CDU) spricht von einer „schrecklichen Nachricht“: „Undenkbar, was nun auf die Familien zukommt.“ Bürgermeisterin Sybille Abel (CDU) schockiert vor allem der Stil: „Mit einem Fax werden hier Schicksale von fleißigen Menschen und deren Angehörigen vom Tisch gefegt.“ „Die Entwicklung war zwar absehbar, aber für die Region ist das natürlich tragisch“, sagt Wirtschaftsfördererin Annegret Steiner.

Schon als das stark angeschlagene Traditionsunternehmen im Mai 2006 vom britischen Finanzinvestor Kingsbridge Capital übernommen wurde,



Das Sonneberger Werk des Modellbahnherstellers Märklin. (Foto: dpa)

ahnte Betriebsratschef Klaus Heinze nichts Gutes: „Positiv ist, dass wir nicht in Insolvenz gegangen sind – aber wir wissen natürlich nicht, was kommt“, sagte Heinze damals.

Annegret Steiner fällt sofort das Wort „Heuschrecken“ ein. „Die Aufträge waren da, das Lohnniveau hier ist niedrig. Der Schritt ist absolut nicht nachzuvollziehen.“ Vor allem die für das Unternehmen günstigen Löhne seien stets ein Argument für Südtüringen gewesen. Während eine Montagearbeiterin in Sonneberg nach früheren Firmenangaben 1300 Euro verdient, sind es in Göttingen gut 2200 Euro. Konkurrenzlos sind da allerdings die 350 Euro, die im ungarischen Győr gezahlt werden. Die Kostenvorteile des kleinen Standortes in Thüringen spielten bei der Entscheidung aber offenbar keine Rolle. „Der Aufsichtsrat und die neue Geschäftsführung wollen Märklin zum alten Glanz zurückführen“, sagt Aufsichtsratschef Michel Perraudin.

Für Sonneberg ist das Aus ein Schock. Überall in der Stadt lässt sich erahnen, welchen Stellenwert die Spielzeugproduktion hier einmal hatte. Tausende verdienten einst damit

ihre Brötchen, Anfang des 19. Jahrhunderts kam jedes zweite deutsche Spielzeug aus Sonneberg. Mit einem Warenanteil von 40 Prozent war Thüringen nach Angaben des Deutschen Verbandes der Spielwaren-Industrie bis zum Ersten Weltkrieg Weltmarktführer in Sachen Spielzeug. Auch zu DDR-Zeiten noch war Sonneberg dank des Kombinats Spielwaren „Sonni“ mit bis zu 10 000 Mitarbeitern das Spielwarenzentrum des Ostens. DDR-weit bot das Kombinat sogar 25 000 Menschen Arbeit. Als Märklin direkt nach der Wende 1990 kam, konnte das Unternehmen am Fachkräftemarkt aus dem Vollen schöpfen. „In Spitzenzeiten waren dort 300 bis 400 Menschen beschäftigt“, berichtet Steiner.

Rund 150 Mitarbeiter sind jetzt noch beim kleinen Konkurrenten Piko angestellt. Er ging aus dem VEB Piko hervor, bei dem in der DDR bis zu 1000 Menschen Modellbahnen fertigten. Ist Märklin weg, bleibt nur Piko als größter Spielzeugproduzent in der Stadt. Die Fürther Simba-Dickie-Group, einer der fünf größten Spielwarenanbieter weltweit, betreibt in Sonneberg immerhin noch ein Logistik- und Reparaturzentrum mit 110 Jobs. 70 Arbeitsplätze bietet der Puppenhersteller Schildkröt im benachbarten Rauenstein. Alle anderen verbliebenen Betriebe der Branche sind kleine Bären-, Puppen- oder Holzspielzeugproduzenten, die sich ihre Nischen gesucht haben, um gegen die mächtige Konkurrenz aus Fernost bestehen zu können.

Die Gewerkschaft IG Metall sieht kaum Chancen für den Erhalt des Märklin-Standorts Sonneberg. Der neue Eigentümer werde sich von seinem Ziel, Märklin in ein paar Jahren mit Gewinn zu verkaufen, nicht abbringen lassen, sagte Bevollmächtigter Ullrich Krempel. Gestern hätten die Mitarbeiter im Werk mehrfach kurzzeitig die Arbeit niedergelegt. Erstes Ziel müsse es sein, den Standort zu erhalten – „mit Märklin oder auch mit einem anderen Investor“. Erst wenn alle Verhandlungen scheitern sollten, werde über Auffanglösungen und Sozialpläne nachgedacht.

So macht Fernsehen Spaß!

2007 bringt die tollsten Filme!



www.tvdirekt.de

- 14 Tage Programm
- alle Spielfilme
- Spartentipps
- nur 1,- Euro

TV direkt Mit den besten Empfehlungen